

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Der Konservative Antonio Tajani wird neuer Präsident des Europäischen Parlaments](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Hearing von Kommissar Oettinger im Europäischen Parlament](#) 3
- [Taskforce Agrarmärkte: Empfehlungen zu Lebensmittelversorgungskette](#) 3
- [Partei Fünf-Sterne-Bewegung sucht neue Fraktion](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Malta übernahm zum 1.1. 2017 die Präsidentschaft des EU-Rates](#) 4

Europäische Kommission

- [Impulse für Europas Dienstleistungswirtschaft](#) 5
- [Der Europäische Sozialfonds verhalf zwischen 2007-2014 knapp 10 Millionen Menschen zu einem Arbeitsplatz](#) 5

Sonstiges

- [Maut-Streit zwischen Österreich und Deutschland weiterhin verfahren: Treffen der Anrainerstaaten](#) 6
- [EU unterstützt Mitgliedsstaaten bei Rückführung von irregulären Migranten](#) 6
- [Rede von Donald Tusk in La Valletta](#) 7

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 8

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 9

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 10

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 10

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Der Konservative Antonio Tajani wird neuer Präsident des Europäischen Parlaments

Am Dienstag wurde der Italiener Antonio Tajani von der konservativen Fraktion (EPP) zum Nachfolger des Sozialdemokraten Martin Schulz als Präsident des Europäischen Parlaments gewählt.



Mit Ende November des Vorjahres stand fest, dass der seit 2012 amtierende Parlamentspräsident Martin Schulz in die Bundesrepublik wechseln wird. Der Wahlkampf um die Nachfolge wurde intensiv und auch öffentlich geführt. Am Dienstag Abend schließlich wurde der italienische Konservative Antonio Tajani (links im Bild) im vierten Wahlgang mit der einfachen Mehrheit von 351 Stimmen zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Auf seinen sozialdemokratischen Kontrahenten Gianni Pittella entfielen 282 Stimmen. Tajanis Mandat gilt bis zur nächsten Europawahl Mitte 2019. Keine der beiden großen Fraktionen konnte im Vorfeld der Abstimmung auf die in den ersten Wahlgängen notwendige absolute Mehrheit an Stimmen verweisen und war somit auf Bündnisse mit anderen Fraktionen angewiesen. Guy Verhofstadt von den Liberalen, zog seine Kandidatur erst kurz vor dem ersten Wahlgang zurück. Am Entscheidungstag vollzog sich dann ein Bündnis zwischen den Konservativen und Liberalen. Der Fraktionsvorsitzende der Konservativen, Manfred Weber, sprach von einem

„Pakt der Ergebnisse“. So wurde den Liberalen zwei Vizepräsidentenämter und der Vorsitz in der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, zugesagt. Im Gegenzug versprachen die Liberalen ihre Zustimmung für eine weitere Amtszeit des konservativen Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk. Tajani wurde 1994 erstmals Mitglied des Europäischen Parlaments. Zwischen 2008 bis 2014 war er zunächst EU-Kommissar für Verkehr und anschließend für Industriepolitik.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Hearing von Kommissar Oettinger im Europäischen Parlament

Am 9.1. stand Günther Oettinger, neuer EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Abgeordneten des Europäischen Parlaments Rede und Antwort. Das Parlament will er in seiner neuen Funktion eng miteinbeziehen.

Bisher war der EPP-Politiker als Kommissar für Digitalwirtschaft tätig. Für den Haushaltsbereich versprach Oettinger, sich in der Vorbereitung für die künftigen EU-Finanzplanungen mit dem Parlament intensiv abzustimmen. Neben den Mitgliedstaaten, sei dieses Organ für ihn ein vollwertiger und gleichberechtigter Mitgesetzgeber. Dass Oettinger sein neues Amt bereits vor der Anhörung durch das Parlament angetreten ist, sorgte mitunter für Kritik.

[Mehr Informationen](#)

Taskforce Agrarmärkte: Empfehlungen zu Lebensmittelversorgungskette

Am 9. Januar 2016 fand im Landwirtschaftsausschuss eine Anhörung der Europäischen Kommission und der Expertengruppe „Taskforce Agrarmärkte“ statt. Dabei stellte Landwirtschaftskommissar Phil Hogan den im November 2016 präsentierten Bericht der Taskforce dem Europäischen Parlament vor.

Die Taskforce hat in den letzten Monaten Empfehlungen zu insgesamt sieben Bereichen erarbeitet, in denen die Stellung der LandwirtInnen in der Lebensmittelversorgungskette gestärkt werden kann. Konkret empfiehlt die Expertengruppe, die Markttransparenz durch die Einführung verbindlicher Preisberichterstattung bzw der Bereitstellung aktueller Daten, insbesondere zu Fleisch, Obst/Gemüse oder Milchprodukten, zu verbessern. Als wichtigen Punkt hebt der Bericht das Erfordernis von Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken hervor. Zusätzlich empfehlen die ExpertInnen der Taskforce, Klarheit im Wettbewerbsrecht zu schaffen, um eine Stärkung der Zusammenarbeit der LandwirtInnen und staatlich anerkannten Erzeugern zu erlauben. Obwohl die Europäische

Kommission in einem Bericht von Anfang 2016 noch der Auffassung war, es bedürfe keinerlei neuer Gesetzgebung zur Bekämpfung unfairer Handelspraktiken auf EU-Ebene, hat sich Landwirtschaftskommissar Hogan offen gegenüber den Empfehlungen der Taskforce als auch den Forderungen der Parlamentarier gezeigt.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Partei Fünf-Sterne-Bewegung sucht neue Fraktion

Bis 11.1. konnten noch Funktionen in den Parlamentsausschüssen für die restliche zweieinhalbjährige Legislaturperiode getauscht werden. Regener Gebrauch davon machte die italienische Partei Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento Cinque Stelle).

Zunächst versuchte Parteigründer Beppe Grillo „seine“ Abgeordneten der Fünf-Sterne-Bewegung von der EU-kritischen Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFDD) abzunabeln und bei den Liberalen unterzubringen. Deren Mitglieder gelten wiederum als besonders integrationsfreundlich und schmetterten das Ansuchen, anders als von ihrem Vorsitzenden Verhofstadt empfohlen, ab. Damit verbleibt die Bewegung des Ex-Komikers Beppe Grillo

voraussichtlich Mitglied der EFDD-Fraktion. Ein glücklicheres Ende nahm der Wechselversuch des Umwelt-Experten Marco Affronte von der Fünf-Sterne-Bewegung zu den Grünen. Er wurde von der grünen Fraktion ohne Gegenstimme aufgenommen.

[Mehr Informationen](#)

Rat der Europäischen Union

Malta übernahm zum 1.1. 2017 die EU-Ratspräsidentschaft

Das geografisch kleinste Land der EU möchte seine halbjährige Rolle als „Brückenbauer“ verstehen. Die Flüchtlingskrise und substanzielle Erweiterung des Binnenmarktes werden die Agenda dominieren.

Mit Beginn des Jahres hat Malta, EU-Mitglied seit 2004, die Nachfolge der Slowakei im Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft angetreten. Die Inselrepublik liegt auf der Route von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer und in den maltesischen Gewässern finden die meisten Rettungseinsätze statt. Den gewaltigen Herausforderung der gegenwärtigen Flüchtlingskrise will das Vorsitzland mit der Stärkung und Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems begegnen, um eine gerechte Verteilung zwischen den Mitgliedsstaaten zu gewährleisten. Weitere Schwerpunktthemen werden die Forcierung des Binnenmarktes u.a. in den Bereichen Digitales und

Energiemarkt, sowie der Kampf gegen den Terror darstellen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Impulse für Europas Dienstleistungswirtschaft

Die EU-Kommission will das Potential des europäischen Binnenmarktes für Anbieter von Dienstleistungen besser nutzen. Dafür wurde am 10.1. ein Maßnahmenpaket vorgelegt.

Die Vorschläge wurden im Rahmen der Binnenmarktstrategie erstellt und zielen darauf, bürokratische Hürden für Unternehmer und Freiberufler abzubauen. „Dienstleistungen machen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der EU aus und sie schaffen 90 % aller neuen Arbeitsplätze. Doch der Binnenmarkt, den wir meist als selbstverständlich hinnehmen, ohne uns seines vollen Werts bewusst zu sein, funktioniert im Dienstleistungssektor nicht richtig. Dadurch verschenken wir ein riesiges Potenzial für Beschäftigung und Wachstum.“, so Elzbieta Bienkowska, Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und

KMU. Die Linie der Kommission wurde schon mehrmals durch den Europäischen Rat bestärkt, zuletzt im Dezember vergangenen Jahres. Die EU sieht sich vor allem aufgrund eines stark anwachsenden Dienstleistungssektors in anderen Weltregionen zum Handeln gezwungen.

[Mehr Informationen](#)

Der Europäische Sozialfonds verhalf zwischen 2007-2014 knapp 10 Millionen Menschen zu einem Arbeitsplatz

Die Europäische Kommission hat einen Bewertungsbericht zu den Investitionstätigkeiten des Europäischen Sozialfonds während des Zeitraums 2007-2014 vorgelegt. Von den 10 Mio. geschaffenen Arbeitsplätzen fallen ca. 350.000 auf Österreich.

Ursprünglich unterstützte der 1957 gegründete Europäische Sozialfonds (ESF) vor allem ausbildungsbezogene Programme. Inzwischen verfügt er über ein breites Spektrum von Maßnahmen. Schwerpunkte des Fonds bilden u.a. die Förderung sozialer Inklusion, Bekämpfung von Diskriminierung, Unterstützung der Mobilität von ArbeitnehmerInnen, sowie die Entwicklung einer effizienten öffentlichen Verwaltung. Sein Ausgabenbudget wurde kontinuierlich aufgestockt. Für den genannten Zeitraum standen 115,6 Mrd. Euro zur Verfügung. In Österreich konnten ca. 350.000 Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Fonds

geschaffen werden.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Maut-Streit zwischen Österreich und Deutschland weiterhin verfahren: Treffen der Anrainerstaaten

Seit Monaten schwelt zwischen den Nachbarländern ein Streit über die Pläne der deutschen Regierung zur Einführung einer Pkw-Maut auf inländischen Autobahnen. Nun lädt der österreichische Verkehrsminister am 25. Jänner die Anrainerstaaten Deutschlands in Brüssel dazu ein, eine gemeinsame Position gegenüber dem aktuellen Kompromiss zwischen dem deutschen Verkehrsministerium und der Kommission zu entwickeln.

Hintergrund des Streites ist die vorgestellte Maut-Lösung zwischen der Europäischen Kommission und der deutschen Bundesregierung zu Ende letzten Jahres. Das schon verabschiedete deutsche Mautgesetz sieht für inländische Fahrzeughalter den Kauf einer Jahresvignette für bis zu 130 Euro je nach Schadstoffklasse vor. Über die Kfz-Steuer werden die Kosten exakt erstattet (1:1-Kompensation). Halter umweltfreundlicher Euro-6 Fahrzeuge werden um 100 Mio. Euro zusätzlich entlastet. Demgegenüber sieht der Kompromiss Änderungen für ausländische Fahrzeughalter vor. Für sie sollen stärker gestaffelte Kurzzeitvignetten gelten, die zu mehr Preisgerechtigkeit und Umweltfreundlichkeit führen sollen. So wird eine Zehn-Tage-Maut laut Entwurf schon ab 2,5 Euro, eine Zwei-Monats-

Vignette zwischen 7 und 40 Euro erhältlich sein. Während Teile der deutschen Opposition den Kompromiss ablehnen, erwartet sich die Regierung 500 Mio. Euro pro Jahr an Mehreinnahmen, welche direkt in die Infrastruktur fließen sollen. Der österreichische Verkehrsminister Jörg Leichtfried äußerte sein Unverständnis über den derzeitigen Stand. Die Lösung sei aus österreichischer Sicht „ein inakzeptabler Kompromiss und weiterhin in mehreren Aspekten EU-rechtswidrig“. Der Minister will die Anrainerstaaten Deutschlands für Ende Jänner zu einem Treffen in Brüssel laden. Dobrindt spricht derweil von „Ösi-Maut-Maulerei“.

[Mehr Informationen](#)

EU unterstützt Mitgliedsstaaten bei Rückführung irregulärer Migranten

Die neu eingerichtete europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache kann ab sofort die Mitgliedsstaaten mit Einsatzteams bei der Rückführung von irregulären Migranten unterstützen.

Der Pool mit 690 RückführungsexpertInnen und RückkehrbegleiterInnen steht nun offiziell bereit. Die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache kann auf Anfrage der Mitgliedsstaaten oder auf eigene Initiative bei den Rückführungsaktivitäten von irregulären Migranten praktische Unterstützung leisten. Dennoch bleiben die Rückführungsaktivitäten sowie die Entscheidungen darüber, wer ein Recht auf Asyl oder Aufenthalt hat, in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten.

[Mehr Inforamtionen](#)



Sonstiges

Rede von Donald Tusk in La Valletta

Der Präsident des Europäischen Rates zu den Vorzügen der kleinen Inselrepublik Malta für ein Europa inmitten großer Bewährungsproben.

Beim Auftaktbesuch der Kommission bei der neuen maltesischen EU-Ratspräsidentschaft Anfang letzter Woche, wurden die Schwerpunktthemen Ausbau des EU-Binnenmarktes, Flüchtlingskrise und Sicherheitsfragen besprochen. Am Rande des Treffens hielt Tusk einen Vortrag über die spezielle, auch historisch bedingte Rolle Maltas, angesichts der Herausforderungen für die EU in den kommenden sechs Monaten. Diesen federführend mit den anderen Nationen im Rat zu begegnen, sieht er das Land, als Schmelztiegel europäischer Kultur, gerade aktuell bestens geeignet. Wenige Ländern hätten etwa gleichermaßen so viel Kenntnis und Verständnis für Italien, das die Nachwehen des gescheiterten

Verfassungsreferendums zu verarbeiten hat und Großbritannien, das in den kommenden Monaten das EU-Austrittsgesuch einreichen möchte. Zudem, so Tusk, habe die Gastfreundschaft, die den Inselbewohner seit jeher nachgesagt wird, Vorbildcharakter für den gesamten Kontinent.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

• *Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:*

• [Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“](#)

• 10.01.2017 – 26.04.2017

• *Unternehmen, Binnenmarkt:*

• [Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden](#)

• 10.01.2017 – 26.04.2017

• *Innere Angelegenheiten:*

• [Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014–2020](#)

• 09.01.2017 – 10.04.2017

• *Handel:*

• [Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten](#)

• 21.12.2016 – 15.03.2017

• *Regionalpolitik, Verkehr, Handel, Forschung und Technologie, Öffentliche Gesundheit, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Umwelt, Unternehmen, Energie, Beschäftigung und Soziales, Bildung, Wirtschaft und Finanzen, Entwicklung, Kommunikation, Klimaschutz, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Binnenmarkt, Informationsgesellschaft:*

• [Öffentliche Konsultation: Intelligente Spezialisierung: ein neuer Ansatz für das europäische Wachstum und Beschäftigung durch regionale Innovationsstrategien](#)

• 21.12.2016 – 24.03.2017

• *Besteuerung:*

• [Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze \(Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze\)](#)

• 20.12.2016 – 20.03.2017

• *Besteuerung:*

• [Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie](#)

• 20.12.2016 – 20.03.2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Industrie und KMU			
Innovation, Meeresressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ernährung, Forschung, Umwelt, Nanotechnologie, Gesundheit, Biotechnologie, Verkehr, ICT, Bildung, Infrastrukturen	HORIZON 2020 DEDICATED SME INSTRUMENT 2016-2017	15/02/2017 - 03/05/2017 - 06/09/2017 - 08/11/2017 - 18/01/2017 - 06/04/2017 - 01/06/2017 - 18/10/2017	€ 682.121.702
Innovation, Plattformen, Cluster	INNOVATION SUPPORT TO SMES	08/03/2017 - 18/10/2017 - 04/04/2017 - 07/09/2017 - 28/03/2017	€ 33.600.000
Kreislaufwirtschaft, Wasser, Intelligente Spezialisierung, organische Abfälle	SPIRE: INDUSTRY 2020 IN THE CIRCULAR ECONOMY	19/01/2017 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 27/10/2016 - 04/05/2017	€ 365.500.000
Öffentliche Verwaltung, Zusammenarbeit	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION	02/02/2017	€ 9.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Franz Josef Hausberger, BA

Abbildungsverzeichnis

http://www.eunews.it/wp-content/uploads/2015/10/antonio_tajani4.jpg

<http://www.eunews.it/wp-content/uploads/2015/12/Gianni-Pittella.jpg>